

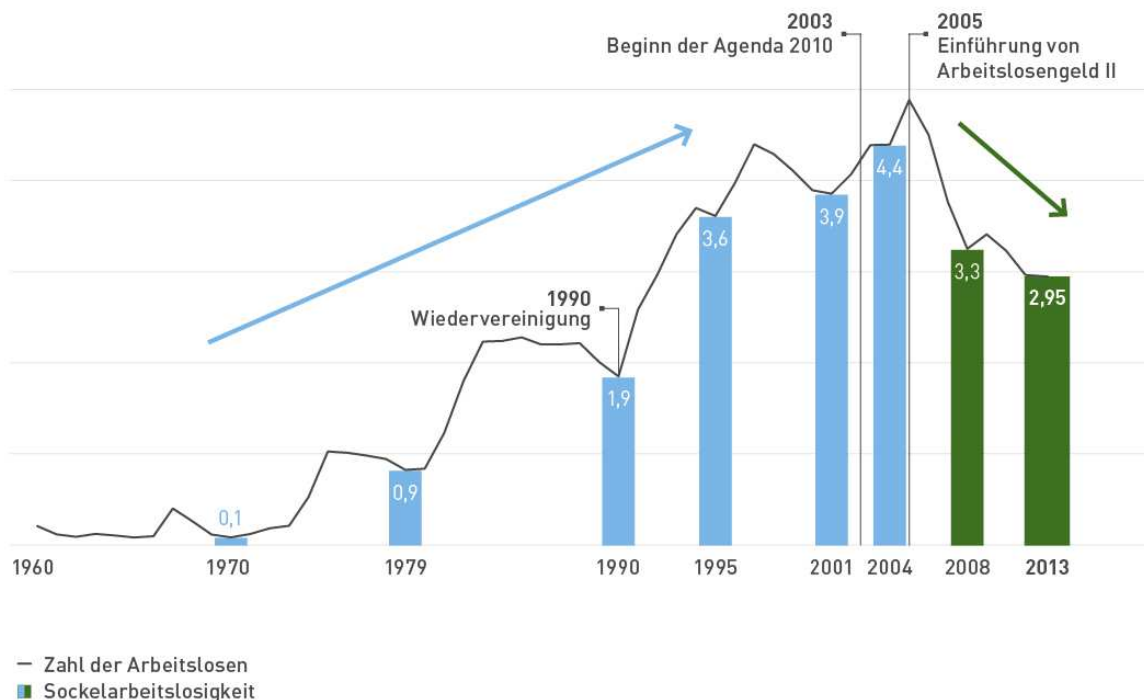
31. Juli 2014

Fakt: Vor allem auch Dank der Arbeitsmarktreformen ist es erstmals gelungen, den Trend einer jahrzehntelang steigenden Sockelarbeitslosigkeit¹ zu brechen und umzukehren.

- In allen Jahrzehnten seit Ende der 60er Jahre hat sich die Sockelarbeitslosigkeit mit jedem Konjunkturzyklus weiter aufgebaut. Ab dem Jahr 2005 ist endlich die Trendumkehr gelungen: Erstmals stieg die **Sockelarbeitslosigkeit** nicht weiter, sondern **sank kräftig um über eine Million** von 4,4 Millionen (2004) auf 3,3 Millionen (2008). Im Jahr 2013 waren noch 2,95 Millionen als arbeitslos registriert.²
- Die **Arbeitsmarktreformen** haben u. a. die vermehrte Nutzung flexibler Beschäftigungsformen, insbesondere der Zeitarbeit, ermöglicht. Dadurch haben hunderttausende Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte, die früher vom Arbeitsmarkt regelrecht ausge-

HARTER KERN DER ARBEITSLOSIGKEIT SCHMILZT ENDLICH

Entwicklung der Sockelarbeitslosigkeit



Sockelarbeitslosigkeit: harter Kern der Arbeitslosigkeit, der auch in konjunkturell guten Zeiten bestehen bleibt;
Zahl der Arbeitslosen: bis 1990 nur Westdeutschland

Quelle: BA, 2014; eigene Darstellung

¹ Sockelarbeitslosigkeit = Harter Kern der Arbeitslosigkeit, der auch in konjunkturell guten Zeiten bestehen bleibt.

² Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, 2014.

sperrt waren, die Chance auf einen Einstieg in Arbeit erhalten: Die **Zahl der Arbeitslosengeld II („Hartz IV“)-Empfänger, die einen Job am ersten Arbeitsmarkt finden**, ist spürbar **gestiegen** und deutlich höher als die Zahl der Arbeitnehmer, die ihre Arbeit verlieren und mit Arbeitslosengeld II abgesichert werden müssen.³

- Weil auch Arbeitslosengeld II-Empfängern zunehmend der **Einstieg in den Arbeitsmarkt** gelingt, diese Beschäftigungsverhältnisse aber wegen der großen Arbeitsmarkterferne (geringe Qualifikation, lange Abstinenz vom Arbeitsmarkt) oft zunächst nicht dauerhaft sind, erhöht sich die Umschlagsrate auch zwischen dem Bezug der Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II und einer Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt.⁴

Fakt: Von einer generellen Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ durch flexible Beschäftigungsformen kann keine Rede sein. Vom Aufwuchs der Beschäftigung in Deutschland haben vor allem die Stammebeschäftigten profitiert.

- Zwischen 2006 und 2013 ist die **Zahl abhängig Beschäftigter in einem "Normalarbeitsverhältnis" um über 2,4 Mio. gewachsen**, während die Zahl der flexibel Beschäftigten nur um etwa 230.000 zugelegt hat.⁵ Allein von Juni 2010 bis Juni 2013 wuchs die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse um knapp 1,6 Mio.⁶
- **Flexible Beschäftigungsformen senken Einstiegshürden und bieten längerfristige Beschäftigungsperspektiven:** Fast drei Viertel der zunächst befristet Beschäftigten (72 %) erhalten in ihrem Betrieb eine Anschlussbeschäftigung. Dabei ist der Anteil der Übernahmen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis in den letzten Jahren deutlich gestiegen (2009: 30 %, 2013: 37 %).⁷ Der Anteil der Befristungen an allen Beschäftigungsverhältnissen liegt seit Jahren stabil unter 10 % und ist zuletzt (2013) auf 8,0 % gesunken, dem niedrigsten Stand seit 2005.⁸
- **Zeitarbeit ist in Deutschland kein Massenphänomen**, wie immer wieder suggeriert wird. Ihr Anteil an der Erwerbstätigkeit liegt in Deutschland nach den neuesten Zahlen bei lediglich 2 %.⁹ Gerade Zeitarbeit erleichtert Arbeitslosen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt: Im ersten Halbjahr 2013 waren fast zwei Drittel der neu eingestellten Zeitarbeiter vorher ohne Beschäftigung, fast jeder Dritte davon war vorher langzeitarbeitslos oder noch nie beschäftigt.¹⁰
- **Teilzeitbeschäftigung verbessert Teilhabechancen für Nichterwerbstätige:** 2012 waren rd. 22 % der neueingestellten Teilzeitbeschäftigten vorher entweder langzeitarbeitslos oder nicht erwerbstätig (Stille Reserve); der Sprung direkt in eine Vollzeitbeschäftigung gelingt bei diesem Personenkreis deutlich seltener.¹¹ Die **Ausweitung der Teilzeit in den letzten Jahren war politisch gewollt**, weswegen der Gesetzgeber im Jahr 2001 das Recht auf Teilzeit verankert hat. Über 80 % aller Teilzeitbeschäftigten gehen freiwillig keiner Vollzeittätigkeit nach, z. B. weil sie familiären Aufgaben höhere Priorität einräumen.¹²
- Der **Ausbau der Teilzeitbeschäftigung geht nicht zu Lasten der Vollzeitbeschäftigung**, sondern ist zusätzlich: 19 % der Bevölkerung im Alter von 15- bis 64 Jahren gin-

³ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analytikreport der Statistik, Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen, Juni 2014.

⁴ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, März 2013.

⁵ Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Kernerwerbstätige nach Erwerbsformen, 2013.

⁶ Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, 2014.

⁷ IAB Betriebspanel 2013.

⁸ Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Erwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen, 2013.

⁹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassung, Leiharbeiternehmer und Verleihbetriebe, 2014;

Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigenrechnung, 2014.

¹⁰ Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen, Nürnberg, Juli 2014.

¹¹ Brenzel, H., A. Eglmaier, A. Kubis, A. Moczall, S. Wanger und C. Woitschig, Neueinstellungen in Teilzeit - Betriebe wie Beschäftigte können profitieren, IAB Kurzbericht 19/2013.

¹² Statistisches Bundesamt, Qualität der Arbeit, 2012.

gen 2013 einer Teilzeitbeschäftigung oder einem Minijob nach, 2 Prozentpunkte mehr als 2005. Gleichzeitig ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in diesem Zeitraum um 4 Prozentpunkte auf 40 % angestiegen.¹³

- Obwohl sich die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2006 und 2013 um rd. 2,7 Mio. erhöht hat¹⁴, hat sich die **Zahl der ausschließlich als Minijobber Tätigen kaum verändert** – im Juni 2006 waren es 4,85 Mio., zur gleichen Zeit 2013 4,82 Mio.¹⁵ Über 40 % der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind Schüler, Studenten und Rentner und nicht primär auf eine andere Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt bedacht.¹⁶

Fakt: Es gibt keine deutsche „Niedriglohnstrategie“, wie immer wieder behauptet wird.

- Seit 2005 ist der Trend eines zunehmenden sog. **Niedriglohnbereichs gestoppt**. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich an allen abhängig Beschäftigten schwankt seit Jahren um die 24 % Marke. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors fand vor den Reformen der Agenda 2010 von Mitte der 90er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre statt (1995: 18,8 %; 2005: 23,1 %, 2012: 24,3 %).¹⁷
- In Deutschland werden die Löhne von den Sozialpartnern ausgehandelt, der Staat hält sich heraus. Die **Sozialpartner orientieren sich zu Recht an der Produktivitätsentwicklung der deutschen Wirtschaft** und nicht an der Lohnpolitik anderer Länder. Diese Lohnpolitik hat die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesteigert und deutlich mehr Beschäftigung ermöglicht. Neue Arbeitsplätze beflügeln den Konsum bis zu zweieinhalb mal so stark wie höhere Löhne. Eine einprozentige Tariflohnerhöhung schiebt den Konsum nur um 0,2 % an, ein einprozentiger Beschäftigungsanstieg dagegen um rund 0,4 bis 0,5 %.¹⁸
- Deutschland gehört nach wie vor zu den Industrieländern mit den höchsten Arbeitskosten: Arbeitgeber in der Privatwirtschaft zahlten 2013 durchschnittlich 31,70 € für eine geleistete Arbeitsstunde – 34 % mehr als im EU-Durchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland 2013 durchschnittlich 36,20 € (Rang 5 im EU-Vergleich). **Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie war damit 48 % teurer als im EU-Durchschnitt.**¹⁹

Fakt: Der Aufbau einfacher Arbeitsplätze im sog. Niedriglohnbereich schlägt sich in zusätzlichen Erwerbschancen vor allem für Geringqualifizierte nieder. Dies geht nicht zu Lasten sog. Normalverdiener, sondern ermöglicht mehr Beschäftigung insgesamt.

- 2013 hatten rund 58 % der 25- bis 64-Jährigen ohne Berufsausbildung einen Job – zehn Jahre vorher waren es nur rd. 50 %.²⁰
- Rund **45 % aller Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.**²¹ Sie sind es in erster Linie, die zunächst mit niedrigerem Einkommen beschäftigt werden.

¹³ Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Kernberwerbstätige nach unterschiedlichen Erwerbsformen, 2013.

¹⁴ Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigenrechnung, 2013.

¹⁵ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, 2014.

¹⁶ Statistisches Bundesamt, Wer sind die ausschließlich geringfügig Beschäftigten? Eine Analyse nach sozialer Lebenslage, Wirtschaft und Statistik, Januar 2013.

¹⁷ Kalina, T. und C. Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2012 – Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € verändern könnte, IAQ-Report 2014/01, 2014.

¹⁸ Lesch, H., Lohnpolitik im Spannungsfeld außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und volatiler Konjunktur, IW-Trends 1/2012, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, 2012.

¹⁹ Statistisches Bundesamt, EU-Vergleich der Arbeitskosten - Arbeitskosten je geleistete Stunde im Jahr 2013, 2014.

²⁰ Eurostat, Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter, und höchstem erreichten Bildungsgrad, 2014.

- In der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren ist der Anteil der sog. Normalverdiener in den letzten Jahren nicht gesunken, sondern angestiegen (von 44 % auf 49 % im Zeitraum 2005 bis 2011). Der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen ist dagegen von 31 % auf 25 % gesunken.²²
- 14 % der Bevölkerung zwischen 15 bis 64 Jahren gehen hierzulande einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich nach. EU-Länder mit kleinerem Niedriglohnsektor weisen dafür einen deutlich höheren Anteil an Nicht-Erwerbstätigen auf (z. B. Italien: nur 4 % Anteil Niedriglohnbeschäftigte aber 43 % Anteil Nicht-Erwerbstätige an der Bevölkerung zwischen 15 bis 64 Jahren).²³
- **Eine Beschäftigung im Niedriglohnbereich senkt das Armutsrisiko:** Ein Arbeitsloser hat ein fast viermal höheres Armutsrisiko als ein Niedriglohnbezieher (Armutsrisiko im Jahr 2011 bei Arbeitslosen bei 64 %, bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor bei 17 %, für die Gesamtbevölkerung bei 13 %).²⁴

Fakt: Die Sozialstandards in Deutschland sind hoch. Auch die Zahl sog. Aufstocker ist kein Indiz für Sozialdumping oder für niedrige Löhne.

- **Vier von fünf abhängig beschäftigten „Aufstockern“**, also Personen, die ergänzend zum Erwerbseinkommen Arbeitslosengeld II beziehen, sind **nicht vollzeitbeschäftigt**. Mehr als die Hälfte (51 %) üben lediglich einen Minijob aus, 30 % sind teilzeitbeschäftigt.²⁵ Aufgestockt werden also in der Regel nicht niedrige Löhne, sondern Arbeitseinkommen aus Beschäftigung mit einem nur geringen Arbeitszeiteinsatz.
- Es gab zuletzt bundesweit knapp 42.000 alleinstehende „Aufstocker“, die trotz Vollzeittätigkeit ergänzendes Arbeitslosengeld II bezogen haben²⁶ – und dies in der Regel auch nur vorübergehend: Die ganz überwiegende **Mehrheit der alleinstehenden vollzeitbeschäftigten „Aufstocker“ schafft innerhalb eines Jahres den Ausstieg aus der Hilfebedürftigkeit**. Nach letzten verfügbaren Erhebungen liegt der Kreis der alleinstehenden „Aufstocker“, die trotz Vollzeit- oder vollzeitnaher Tätigkeit dauerhaft auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen waren, lediglich bei knapp 15.900 Personen.²⁷
- Wegen der beim Arbeitslosengeld II gewährten familienbedingten Mehrbedarfe und der Übernahme der Unterkunftskosten muss ein in Berlin lebender, verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern unter 6 Jahren einen Stundenlohn von rd. 14 € erzielen, um seinen Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld vollständig zu verlieren.²⁸ Deswegen **wird auch der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn nichts an dem Aufstockerphänomen ändern**.

²¹ Weber, B. und E. Weber, Qualifikation und Arbeitsmarkt: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht, 04/2013, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, 2013; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Nürnberg, August 2013.

²² Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wie gerecht ist Deutschland? Vorurteile und Fakten, 2013.

²³ Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Jeder Job zählt, iwD 39(5), 31.1.2013.

²⁴ Institut der deutschen Wirtschaft, Wie gerecht ist Deutschland? Vorurteile und Fakten, 2013.

²⁵ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Juli 2014, Nürnberg, 2014.

²⁶ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Juli 2014, Nürnberg, 2014.

²⁷ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Berechnungen für die BDA, 2011. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, erwerbstätige Leistungsbezieher mit Bruttoerwerbseinkommen größer 800 Euro, die in den letzten 12 Monaten in jedem Berichtsmonat über ein Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit von mehr als 800 Euro verfügten, Nürnberg, Juni 2013.

²⁸ Quelle: eigene Berechnungen; es werden 1.164 € Regelbedarf (ab 1. Januar 2014), 665 € Kosten der Unterkunft und Heizung sowie ein anrechnungsfreies Erwerbseinkommen von 330 € angenommen.

Fakt: Das Arbeitsvolumen gemessen in Arbeitsstunden ist seit den Agenda-Reformen gestiegen und nicht gesunken. Das ist das Ergebnis einer verbesserten Erwerbsintegration von Frauen und Älteren sowie des anhaltenden Abbaus der Arbeitslosigkeit.

- Seit 2005 (mit Ausnahme der Krise 2008/09) steigt das Arbeitsvolumen (bis 2013 um 2,3 Mrd. Std. bzw. 4,2 %) ²⁹; v. a. weil **flexible Beschäftigungsformen Beschäftigungshürden für viele bisher nicht Erwerbstätige abgebaut** haben. Der seit der Wiedervereinigung bis 2005 anhaltende Trend einer rückläufigen Stundenzahl ist damit umgekehrt worden.
- Zum **Anstieg des Arbeitsvolumens von 2005 bis 2013** haben der Zuwachs an Vollzeitbeschäftigten um 1,2 Mio. auf 24,5 Mio. und der Anstieg der Teilzeitbeschäftigten um 1,7 Mio. auf 12,9 Mio. beigetragen (IAB, 2014). Letzteres **hängt maßgeblich mit der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen zusammen** (Anstieg der Beschäftigungsquote von 20- bis 64-jährigen Frauen von 2000 bis 2013 von 60,7 auf 72,3 %). ³⁰

²⁹ IAB, Daten zur Entwicklung der Arbeitszeit und ihrer Komponenten, 2014.
http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/AZ_Komponenten.xlsx.

³⁰ Eurostat, Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit, 2014.